

## Deutliche Grenzen für Weservertiefung

Gerichtshof zwingt Bremen zu Nachbesserungen

VON CHRISTIAN WETH UND BEN ZIMMERMANN

**Bremen.** Der Europäische Gerichtshof hat entschieden: Er macht strenge Auflagen, wenn Flüsse wie Weser oder Elbe ausgebaut werden sollen. Und zwar so strenge, dass eine Vertiefung der Weser unmöglich erscheint. So interpretiert jedenfalls der Naturschutzbund Deutschland (BUND), der gegen das Ausbaggern des Flusses klagt, das Urteil des Gerichtshofs vom Mittwoch. Die Befürworter des Weserausbau werben den Richterspruch aus Luxemburg anders. Sie halten das Millionenprojekt nach wie vor für möglich. Ein Experte für Wasserrecht geht noch weiter: Das Urteil erschwere die Weservertiefung nicht, sondern erleichtere sie sogar.

Michael Reinhardt heißt dieser Mann, er lehrt an der Uni Trier und leitet das Institut für Deutsches und Europäisches Wasserwirtschaftsrecht. Reinhardt gilt bundesweit als führender Kopf, wenn es um Fragen rund um Flüsse geht. Für ihn lässt das Urteil einen Spielraum, den es im Rechtsstreit um die Weservertiefung vorher nicht gab. Reinhardt: „Bisher hieß es, dass es keine Vertiefung der Weser gibt, wenn sich der Zustand des Flusses dadurch verschlechtert.“ Nun seien Ausnahmen denkbar, ohne dass der Gerichtshof deutlich gemacht habe, welche das sein könnten.

Martin Rode, der Chef des BUND in Bremen, und Rüdiger Nebelsieck, der Anwalt der Naturschützer, bestätigen das. Dennoch feiern sie das Urteil. Rode nennt den Richterspruch einen „Meilenstein für den Gewässerschutz“. Für Nebelsieck ist er ein klares Signal an bundesdeutsche Behörden, dass sie die Gewässer-Richtlinien der Europäischen Union ernster nehmen müssen, als sie es bislang getan hätten: „Sie sind kein Kann mehr, sondern ein Muss.“

Was er damit meint, erklärt Nebelsieck, der die Klage des BUND vor das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig gebracht hat, das wiederum den Europäischen Gerichtshof um eine Einschätzung gebeten hatte, bei einer Pressekonferenz. „Die Richter sagen deutlich, dass eine Verschlechterung des Zustands eines Gewässers nicht nur verboten ist, sondern sich der Zustand sogar verbessern muss.“ In den Plänen für die



Martin Rode vom BUND (l.) und Anwalt Rüdiger Nebelsieck bei der Pressekonferenz. FOTO: KOCH

Weservertiefung gebe es jedoch keinen einzigen Punkt, in dem die Befürworter deutlich gemacht hätten, wie sie das erreichen wollten. Darum müssten die Ämter jetzt nacharbeiten. Die Auflagen zur Verbesserung des Gewässerzustandes sind allerdings so hoch, dass Nebelsieck einen Ausbau der Weser für unwahrscheinlich hält.

Zumal es dem Fluss schon jetzt schlecht gehe und sich sein Zustand noch weiter verschlechtern werde, wenn es zum Ausbau komme. Das sagt nicht Nebelsieck, das sagt BUND-Chef Rode. „Die Ökologie der Weser hat sich keineswegs verbessert, wie manche Behörden behaupten.“ Im Gegenteil. Rode hält wie zum Beleg ein Blatt Papier mit einem Diagramm hoch. „Fast alle Werte sind nicht mehr so gut, wie sie noch vor Jahren waren.“ Der Naturschützer spricht von weniger Sauerstoff, weniger Fischen, einer stärkeren Strömung und Verschlickung. Das Szenario, das er beschreibt, wenn die Weser vertieft wird, ist unstrittig. Auch das Bundesverwaltungsgericht geht von tief greifenden Folgen aus.

Genauso wie Bremens Grüne, die ähnlich wie der BUND das Urteil des Gerichtshofs als Erfolg für den Gewässerschutz feiern. Nach den Worten von Fraktionsvorsitzende Maike Schaefer darf Bremen eine Vertiefung zumindest der Unterweser keinesfalls zustimmen. Bei der Außenweser, also dem Flussverlauf auf niedersächsischem Boden, wollen die Grünen überprüfen, ob die ökologischen Folgen schwerer wiegen als der wirtschaftliche Nutzen. Wenn ja, soll der Vertiefung des Flusses eine Absage erteilt werden.

Damit treten die Grünen auf die Bremse, während der künftige Koalitionspartner SPD noch in Fahrt ist. Die Sozialdemokraten sprechen zwar auch nicht mehr explizit von einem Ausbau der Unterweser, aber eben von der Außenweser. Landesgeschäftsführer Roland Pahl: „Für die SPD ist die Sicherung der Erreichbarkeit der Häfen unabdingbar.“ Der Ausbau soll die Standorte Brake und Bremerhaven langfristig wettbewerbsfähig machen und damit zugleich die Region stärken. Darauf hofft der Wirtschaftsverband Weser schon lange. Für dessen Vorsitzenden, Bremens ehemaligen Bürgermeister Klaus Wedemeier, hat das Urteil den Weg für die Weservertiefung klar aufgezeigt. Und die müsse unbedingt kommen: „Die Häfen können keine weitere Schwächung verkraften.“

Das sieht Wirtschaftsminister Martin Günther (SPD) nicht anders. Für ihn ist die Bedeutung des Vorhabens immens: Durch die Vertiefung der Außenweser bleibe Bremerhaven weiterhin konkurrenzfähig, „und davon lebt Bremen“. Allerdings räumte Günther ein, dass das Luxemburger Urteil die Latte für das Projekt höher gelegt habe. Der Ball, sagt er, liege nun wieder beim Bundesverwaltungsgericht.

Wann das endgültig entschieden wird, ist unklar. BUND-Anwalt Nebelsieck will auf ein schnelles Urteil drängen. Was für ihn schnell ist, lässt der Hamburger Jurist offen. Der Streit um die Weservertiefung dauert bereits zehn Jahre. **Thema Seite 3**

## Er will bleiben



So schön möchte Franco Di Santo noch häufiger für Werder jubeln.

FOTO: ANDREAS GUMZ

**Bremen (tip).** Werders Stürmer Franco Di Santo hat zum Trainingsauftakt ein klares Bekenntnis abgegeben. „Ich bevorzuge es, hierzubleiben“, sagte der Argentinier. Di Santo hofft, dass eine vorzeitige Verlängerung seines bis 2016 laufenden Vertrages

bald real wird. Ein Wechsel wäre dann erst mal vom Tisch. „Wir sind nah beieinander“, verriet Di Santo. Werders Vertragsangebot liegt bereits seit geraumer Zeit vor, bislang hatte Di Santo seine Zukunft aber offengelassen. **Berichte Seite 21**

## NSA bespitzelte nicht nur Merkel

**Berlin.** Der US-Geheimdienst NSA hat nach Informationen der Enthüllungsplattform Wikileaks nicht nur Kanzlerin Angela Merkel (CDU), sondern weite Teile der Bundesregierung ausgespäht. Aus den Unterlagen, die der „Süddeutschen Zeitung“ sowie NDR und WDR zugänglich gemacht wurden, gehe hervor, dass sich die NSA vor allem für die deutsche Währungs- und Handelspolitik interessierte. Die am Mittwoch veröffentlichten neuen Dokumente enthielten auch ein Abhörprotokoll eines Telefongesprächs, in dem sich Merkel am 11. Oktober 2011 zu den damaligen Entwicklungen in Griechenland äußerte.

„Die deutsche Kanzlerin Merkel erklärte, sie sei ratlos“, heißt es den Berichten zufolge in dem Protokoll. Merkel sagte demnach, sie befürchte, dass selbst ein zusätzlicher Schuldenschnitt die Probleme nicht lösen könnte, da Athen nicht in der Lage sei, mit den verbleibenden Schulden zurechtzukommen.

Zu den Spionagezielen der National Security Agency (NSA) in Deutschland gehörten demnach nicht nur das Wirtschafts-, sondern auch das Finanz- sowie das Landwirtschaftsministerium. In den Unterlagen findet sich den Berichten zufolge eine Überwachungsliste mit insgesamt 69 Telefonnummern. Dabei soll es sich um in der Vergangenheit überwachte Anschlüsse wie auch um aktuelle Anschlüsse handeln. Die Überwachung reiche mindestens bis in die 90er-Jahre zurück.

### POLITIK

#### Gespräche mit Athen stocken

4

Die EU will die Verhandlungen mit Griechenland erst nach dem Referendum vom Sonntag wieder aufnehmen. Kanzlerin Merkel betonte im Bundestag, es werde keine Einigung um jeden Preis geben.

### BREMEN

#### Berliner Cannabis-Modell als Vorbild

7

Dürfen Bremer bald ganz legal und in der Öffentlichkeit einen Joint rauchen? SPD und Grüne wollen Abgabestellen für Cannabis einrichten. Vorbild könnte der Berliner Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg sein.

### BREMEN

#### Neue Pläne für „Roland von Bremen“

9

Die von Pilzen befallene Hansekogge soll mit Kunststoff ummantelt werden. Die Schäden im Holz würden teilweise mit Beton ausgebessert, heißt es. Vermutlich 2017 soll das Schiff an die Schlichte zurückkehren.

### DER NORDEN

#### Mehr Eier von glücklichen Hühnern

14

Niedersachsens Agrarminister Christian Meyer will die Haltungsbedingungen von Legehennen weiter verbessern. Unter anderem soll der Einsatz sogenannter Hühner-Mobile erleichtert werden. Der Anteil von Käfighennen hat sich innerhalb der vergangenen zehn Jahre stark verringert – was indes nicht allein der Politik zu verdanken ist.



### RUBRIKEN

Familienanzeigen	19	Rätsel & Roman	27
Fernsehen	28	Tipps & Termine	26
Lesermeinung	10	Veranstaltungsanzeigen	25

## Bahn und GDL einigen sich

**Berlin.** Aufatmen bei Pendlern und Reisenden: Nach einem Jahr Verhandlungen und neun Arbeitskämpfen ist der härteste Tarifkonflikt in der Geschichte der Deutschen Bahn beendet. Das Unternehmen und die Lokführergewerkschaft GDL einigten sich auf einen Tarifvertrag, der am Mittwoch in Berlin präsentiert wurde. Fünf Wochen lang hatten die beiden Schlichter Bodo Ramelow (Linke), Thüringens Ministerpräsident, und Matthias Platzeck, Brandenburgs früherer Regierungschef, an der Lösung des festgefahrenen Konflikts gearbeitet. Streiks bei der Bahn sind nun bis Herbst 2016 ausgeschlossen. „Damit können alle in Ruhe ihre Urlaubsfahrkarten kaufen“, feierte Ramelow den Erfolg. Die Bahn kann sich jetzt auf ihren Konzernumbau konzentrieren. Vorstandschef Rüdiger Grube arbeitet wegen der Schwierigkeiten in mehreren Geschäftsfeldern an gravierenden Änderungen.

Das Tarifpaket enthält einen Bundesrahmentarifvertrag für das gesamte Zugpersonal, das bei der GDL organisiert ist. Den gab es bisher nur für die Lokführer. Nun sind auch Zugbegleiter, Bordgastronomen, Lokrangierführer und Disponenten dabei – was eine Kernforderung der GDL war. Zudem bekommen die 160.000 Beschäftigten unter dem Tarifwerk in zwei Stufen insgesamt 5,1 Prozent mehr Geld – was auch mit der größeren Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) vereinbart worden war. **Bericht Seite 15**

ANZEIGE

**HOT SHOT!**  
Knochenhauerstr. 20 • 1. Etage  
**bis Samstag**

**20% Rabatt**  
auf jede neue CD, DVD & LP

**50% Rabatt**  
auf jede gebr. CD, DVD & LP

## Die Preise steigen



Michael Lambek über das EuGH-Urteil

Wenn Recht gesprochen wurde, herrscht Rechtssicherheit. Die Konfliktbeteiligten wissen, was zu tun ist, auch wenn in der Regel nicht alle mit dem Urteil einverstanden sind. Genau damit aber haben die Luxemburger Richter durch ihre Entscheidung zur Wasserrahmenrichtlinie nicht dienen können. Sie hatten nicht zu entscheiden ob die Vertiefung der Weser eine zulässige Ausnahme von der Richtlinien-Regel ist, oder nicht. Insofern waren weder Befürworter noch Gegner der Vertiefung nach der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs viel schlauer als vorher. Ob gebaggert werden darf, oder nicht, bleibt auch weiterhin eine Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts in Leipzig. Die Bundesrichter verfügen dafür jetzt über eine höchstrichterliche Auslegung der Wasserrahmenrichtlinie, an der sie sich orientieren müssen.

Der EuGH hat die Richtlinie mit ihrem strikten Verbot der Gewässerzustandsverschlechterung ohne Wenn und Aber bestätigt, gestützt und in Teilen sogar bekräftigt. Daran kommt niemand vorbei. Aber: Ausnahmen davon bleiben möglich. Der Konflikt zwischen Naturnutzung und Naturschutz ist in Luxemburg nicht aufgelöst worden. Es ist allerdings denkbar, sogar sehr wahrscheinlich, dass in der Folge der EuGH-Entscheidung die Preise für schädliche Natureingriffe in Form von Auflagen und Verpflichtungen zu Ausgleichsmaßnahmen deutlich steigen werden. Und das ist gut so. **Thema Seite 3**  
michael.lambek@weser-kurier.de

### KOPF DES TAGES

#### Peter Hintze



„Rote Socken“, das war vorgestern. Peter Hintze, einstmals als Generalsekretär der CDU auf Attacke abonniert, ist inzwischen längst ein Liberaler geworden. Der parteiübergreifende Gesetzentwurf zur Sterbehilfe, an dem er mitwirkte und der am heutigen Donnerstag im Bundestag debattiert wird, zeigt dies deutlich.

### LOTTO

6 aus 49 10 11 35 37 41 42 2  
Spiel 77 0 1 5 7 6 4 5 Super 6 \* 9 9 4 0 2 9  
(Ohne Gewähr)

### WETTER

Tagsüber 34° Nachts 20° Niederschlag 10%

Meist sonnig, örtlich Wolken  
Ausführliches Wetter Seite 6

H 7166 • 28189 BREMEN

